

ESTR	SB I	SB II	FG
STADT SOLTAU			
11. Juni 2019			
Der Bürgermeister			
Wv.	Z.d.A.	Rü	

1

AfD-Fraktion

im Rat der Stadt Soltau

[www.afd-fraktion-heidekreis.de](http://www.afd-fraktion-heidekreis.de)

Soltau, den 10. Juni 2019

An Herrn

Bürgermeister Röbbert

## A n t r a g

**Wir beantragen, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Erneuerung/Verbesserung der Straßenbeleuchtung gemäß Vorlage 0076/2019 (Ginsterweg u.a.) zu verzichten.**

Die Erhebung dieser Steuer halten wir für absolut ungerecht. Der Bürger bezahlt in diesem Bereich wie immer das Eigentum der Stadt. Von der jetzt vorgesehenen Maßnahme profitiert insbesondere der Haushalt der Stadt Soltau, denn mit dem Einbau von LED-Leuchten wird der Energieverbrauch gesenkt. Außerdem wird hiermit eine Verlängerung der Lebensdauer der Straßenbeleuchtung erreicht und damit verbunden auch eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes. Geringere Ausfälle dieser Anlagen tragen insbesondere auch der allgemeinen Verkehrssicherheit bei.

Sollte ein vollständiger Verzicht von Gebühren für diese und zukünftig gleichlautender Maßnahmen finanziell nur sehr schwer für die Stadt Soltau darstellbar sein, schlagen wir vor, dass zur Beitragsreduzierung der Anlieger lediglich nur noch 50% der tatsächlichen Aufwendungen als beitragsfähiger Aufwand gelten. Falls absolut notwendig, kann man dies in beiden Fällen auch mit einer moderaten Anhebung der Grundsteuer verbinden.

Die Straßenbaubeitragsatzung ist bei den vorgeschlagenen Änderungen entsprechend anzupassen.

Das in diesem Bereich auch hier im Heidekreis Verbesserungen beschlossen wurden, zeigt sich an den kürzlich im Rat der Stadt Bad Fallingbostal getroffenen Entscheidungen (Anlieger zahlen nur noch die Hälfte/im Gegenzug moderate Anhebung der Grundsteuer). Auch mit einer Einwohnerbefragung in Sachen Straßenausbaubeiträge hatte sich der Rat hier beschäftigt (Antrag Bürgerliste). Einen ähnlichen Antrag von uns zur Bürgerbefragung, den wir aus Kostengründen am Tage der EU-Wahl stellen wollten sowie eine Resolution an das Land Niedersachsen zur vollständigen Kostenübernahme der Straßenausbaubeiträge wurde hier im Rat der Stadt Soltau ablehnend „der Rat möge sich hiermit nicht beschäftigen“ beschlossen. In Bad Fallingbostal setzt man sich wohl engagierter für die Interessen der Bürger ein.

In einem Hochsteuerland wie der Bundesrepublik muss die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen baldmöglichst der Vergangenheit angehören. Übrigens werden derartige Beiträge außer bei uns nur noch in Dänemark erhoben. In allen anderen Ländern mit niedrigeren Steuern zahlen die Bürger dann noch nicht einmal Straßenausbaubeiträge. Der Unmut über diese Beiträge wird immer größer. Erste Verbände klagen bereits dagegen. Das Land Niedersachsen hat für alles Geld – z. B. Schaffung eines neuen teuren, für uns nicht notwendigen Europaministeriums, nur nicht für die vollkommen ungerechten Straßenausbaubeiträge. Die Erhebung solcher Beiträge ist ohnehin ein nicht mehr überschaubarer Flickenteppich von Erhebung und Nichterhebung, die für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar ist.

Es gibt ganze Bundesländer, in denen die Bürger die Straßenausbaubeiträge nur vom Hörensagen kennen.

AfD-Stadtratsfraktion

Bernhard Schielke